

26. 11. 1919

169

Die Lieferungen Deutschlands an Deutsch-Oesterreich.

Drachmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 26. Juni.

In deutsch-österreichischen politischen und industriellen Kreisen wird jetzt lebhaft die Frage erwogen, ob auch für nächsten Winter auf reichsdeutsche Lieferungen und finanzielle Hilfe gerechnet werden kann. Nach den Bedingungen, die Deutschland von der Entente aufgezwungen wurden, ist dies in der Tat traglich geworden. Jene altösterreichischen Kreise in Wien, vor allem auch gewisse Zeitungen, die im Auftrage der Entente den Anschluß an Deutschland belämpften, haben eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

Deutsch-Oesterreich hat etwa zwei Drittel seiner Kohleneinfuhr, dazu Saattartoffeln, Kunstsdlinger usw. aus Deutschland erhalten, gerade als ob es schon, wie seine (leider nicht in die Praxis) umgesetzte Verfassung besagt, „einen Teil der deutschen Republik“ hätte. Er war selbstverständlich, daß Deutschland die deutsch-österreichischen Brüder nicht im Stich ließ, obgleich lärmende Zeitungsagenten so taten, als ob allein die Ententezuschüsse dem Lande die Existenz ermöglichen. Deutsch-Oesterreich konnte die deutsche Einfuhr nicht bezahlen. Mit derselben Diskretion, die im Kriege geübt wurde, verschwiegen man bis zuletzt noch tünlichst die notwendige Manipulation für die stets erweiterte Kreditbeschaffung, d. h. Deutschland bezahlte sich selbst seine monatlichen, auf viele Millionen bezifferten Lieferungen an Deutsch-Oesterreich. Jetzt aber hat es im Friedensvertrage alle seine Forderungen an die früheren Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, an die Entente übertragen müssen, für Oesterreich-Ungarn allein in Höhe von dreieinhalb Milliarden Mark. Deutschland war ein geduldiger Gläubiger. Hinfort wird Wien für den auf Deutsch-Oesterreich entfallenden Anteil genaue Deckungen aufzubringen haben. Mehr noch, es wird sich sagen müssen, daß Deutschland nach diesen furchtbaren Milliardenverlusten kaum noch in der Lage ist, für weitere Lieferungen immer neue Millionen in den Ofen zu werfen. Mit den Kohlen- und anderen Lieferungen hätte es sich schon lange in der Schweiz, Holland und Skandinavien die dringend benötigten Valutakredite verschaffen können, Vorteile, auf die es zugunsten Deutsch-Oesterreichs verzichtet hat. Noch immer aber haben in Wien nicht alle Kreise eingesehen, was diese Opfer bedeuten: die deutsch-österreichischen Industrien müßten zum größten Teil zum Stillstand kommen, im Winter würde für den Hausbrand eine noch größere Not als zuvor drohen.

Schon wurde in der „Neuen Freien Presse“, die wirklich gut orientiert ist, die deutsch-österreichische Regierung aufgefordert sich die dringend notwendige Gewißheit zu verschaffen, ob man auf die Fortsetzung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe zählen könne. Die Entente habe in ihrer Antwort auf die deutschen Gegenwortschlüsse (Erläuterung zum § B des Art. 287) eine Erklärung abgegeben, wonach Deutschland nicht zu befürchten brauche, daß seine Guthaben aus weiteren Markvorschüssen für Kohle und für sonstige Zwecke als Anleihen nach dem Friedensschluß an die Konferenzmächte abgetreten werden müßten. Wenn aber Deutschland auch nicht mehr zu befürchten habe, daß neue Kredite an Deutsch-Oesterreich das Schicksal seiner früher Oesterreich-Ungarn gewährten Darlehen erleiden könnten, hätte es doch zweifellos das größte Interesse daran, abzuwarten, erstens wie die mit der deutsch-österreichischen Abordnung in St. Germain verhandelten politischen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages ausfallen werden, und zweitens, ob Deutsch-Oesterreich das Recht freier Entwicklung und Selbstbestimmung behält. Einem „Neu-Oesterreich“, das willig unter die Vormühsigkeit der Entente gezwungen und von ihr kontrolliert werden würde, könnte Deutschland selbst dann, wenn es den besten Willen dazu hätte, nicht die weitgehende wirtschaftliche und finanzielle Hilfe zuteil werden lassen, die beim Zusammenbruch ganz natürlich wäre.

Wenn sich in Wien Leute finden, die mit allerlei schwarz-gelben Hintergedanken auch noch weiterhin die vom französischen Gesandten Mizé angeregte Politik der Neutralisierung, also der Absperrung von Deutschland, unterstützen, dann tragen sie unfehlbar zum wirtschaftlichen Untergang Deutsch-Oesterreichs bei. Jeder Vernünftige in Deutsch-Oesterreich weiß, daß der Staat ohne die Vereinigung mit der großdeutschen Republik nicht lebensfähig ist. Vor allem weiß das die Abordnung in St. Germain, die den Alliierten klar machen muß, daß es ohne Deutschlands Hilfe einfach nicht geht, daß aber Deutschland bei einer Deutsch-Oesterreich ausgenüßten Absperrung nicht in der Lage ist und auch durch nichts gezwungen werden kann, weiterhin diese Hilfe zu bringen. Wenn wirklich die Entente Deutsch-Oesterreich lebensfähig machen will, wird und kann das Anschlußverbot nicht ausgesprochen werden. Deutschland hat ohne eigenes Zutun ein Machtmittel in Händen, das es aus freiem Willen natürlich niemals zur Anwendung gebracht hätte, aber möglicherweise unter dem Druck der ihm auferlegten Bedingungen anzuwenden gezwungen sein wird. Verhandlungen über die weiteren Lieferungen und Kredite an Deutsch-Oesterreich erscheinen jedenfalls erschwert oder gar unmöglich, ehe nicht die Wirtschafts- und Finanzbedingungen in St. Germain feststehen.